

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	207
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	20.06.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Dr. Maier, BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Hendriks (WST), Frau Scherz (AföO)		
Protokollführung:	Frau Klemm / as		
Betreff:	Außengastronomie Württembergische Staatstheater, - Sachstand GR Antrag Nr. 166/2023 v. 30.05.23 (SPD): "Außengastro am WST ermöglichen, aber nicht auf Kosten der Fußgänger*innen u. Radfahrer*innen", - mündlicher Bericht -		

Es liegen zwei weitere Anträge vor:

Antrag Nr. 174/2023 vom 13.06.2023 (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierchutzpartei): "Keine Abstriche an der Hauptradroute 1 vor der Oper!"

Antrag Nr. 175/2023 vom 26.05.2023 (90/GRÜNE): "Sommergastronomie der Staatstheater ermöglichen ohne den Fuß- und Radverkehr einzuschränken"

Der im Betreff genannte Antrag sowie die des Weiteren vorliegenden Anträge sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigten Präsentationen sind dem Protokoll als Dateianhänge hinterlegt. Aus Datenschutzgründen werden sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll sind sie in Papierform beigelegt.

Zunächst berichtet Frau Scherz (Amt für öffentliche Ordnung) im Sinne ihrer Präsentation. Ergänzende Anmerkungen sind nachfolgend in zusammengefasster Form mit Verweis auf die jeweilige Foliennummer wiedergegeben. Die Vortragende fasst die Historie der Planung und die Diskussion der Radwegführung kurz zusammen (Folie 2). Zu der vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik (STA) seinerzeit in Auftrag gegebenen Prüfung einer Interimsradwegführung (Folie 3) auf dem parallel verlaufenden Gehweg sei man bei einem Ortstermin wegen der Summe der sich ergebenden Problematiken (Lieferzone WST, Haltebucht, Schrankenbereich Parkplatz, Parkplätze für Menschen mit Behinderung) zu dem Ergebnis gekommen, dass die geforderte Umleitung derzeit aus Sicherheitsgründen nicht möglich sei. Ebenso wenig machbar sei die Wegnahme eines Fahrstreifens an der B14 zugunsten der Radroute (Folie 4), zumal dort wegen der wichtigen Baustelle am Gebhard-Müller-Platz ohnehin nur noch zwei Fahrstreifen zur Verfügung ständen. Diese würden dringend benötigt zur Vermeidung erheblicher Rückstaus, ÖPNV-Verzögerungen und in der Folge auch Behinderungen der Ausfahrt des DRK. Baustellenverordnungen könnten mithin nicht aufgehoben werden, und im vorliegenden Fall habe man sich allein 1,5 Jahre mit der Baustellenplanung beschäftigt.

Danach trägt Herr Hendriks (Württembergische Staatstheater, WST) im Sinne seiner Präsentation vor. Ergänzende Anmerkungen sind nachfolgend in zusammengefasster Form mit Verweis auf die jeweilige Foliennummer wiedergegeben. Der Vortragende bezieht sich auf die in der Sitzung des STA am 09.05.2023 präsentierten Planungen und fasst den Verlauf des Projekts zusammen. Danach stellt er den modifizierten aktualisierten Bauantrag vor (Folie 6). Ziel sei, die Außengastronomie noch vor der Sommerpause zu eröffnen und niedrigschwellige Öffnungsangebote und einen Infopunkt zur Generalsanierung der WST zu schaffen. Die wesentlichen Veränderungen im Vergleich zu der zuvor vorgestellten Planung seien eine Verlagerung der Toilettencontainer auf die Parkplätze, ihre diskrete Platzierung in der Umgebung (Folie 12) sowie die Verkleinerung der Gastronomiefläche von 140 auf 120 Plätze und deren Verortung in einer Nische oberhalb des Schillerdenkmals. Beides ermögliche eine freie Durchfahrt für den Radverkehr (Folie 7), ohne die Gastronomie völlig zu verstecken. Herr Hendriks betont, wesentliche andere freie Flächen ständen wegen der Feuerwehrezufahrt nicht zur Verfügung. Folien 8 bis 10 zeigen verschiedene Visualisierungen, und Folie 11 Bestuhlungsbeispiele. Danach kommt der Berichterstatter auf das Aids-Denkmal am Schicksalsbrunnen zu sprechen, für das gemeinsam mit der Aids-Stiftung eine adäquate Lösung für eine angemessene Integration gesucht werde (Folie 13).

Frau Kienzle (Bezirksvorsteherin Stuttgart-Mitte) eröffnet die Aussprache und betont die Mitwirkung zahlreicher Beteiligter an der Verwirklichung der außergastronomischen Nutzung. Explizit danke sie den WST für die Umplanungen. Der Bezirksbeirat Mitte habe sich ursprünglich ablehnend gezeigt. In seiner gestrigen Sitzung habe er der Planung dann doch einstimmig zugestimmt - allerdings mit ganz klaren Auflagen und einer nochmaligen, deutlichen Reduzierung der Platzanzahl. Es gehe nicht nur um den Denkmalschutz des Schicksalsbrunnens, sondern um den Denkmalschutz und die Anmutung der Gesamtanlage mit ihren Blickachsen. Und - nicht zuletzt - gehe es um die Radverbindung, die man an einer so wichtigen Stelle nicht einschränken wolle. Insofern müsse die Gastronomie noch ein Stück reduziert werden, um genügend Platz für die Radroute, auch bei Warteschlangen an den Getränkeausgaben, zu lassen. Man könne bei der Planung der Gastronomie nicht nur von dem heutigen Stand der Frequentierung des Platzes ausgehen, sondern müsse den sich entwickelnden zunehmenden Publikumsverkehr in Betracht ziehen. Im Übrigen empfinde der Bezirksbeirat die Aufbauten

der Gastronomie-Container als Biergärten in dem für Stadt und Land historisch bedeutsamen Umfeld als nicht angemessen. Begrüßt hingegen habe der Beirat den Info-Container - der allerdings auch ohne Gastronomie möglich sei.

Anschließend stellt BM Dr. Maier klar, formal betrachtet handle es sich im vorliegenden Fall um ein gewöhnliches Baugenehmigungsverfahren. Das Baurechtsamt entscheide hoheitlich über den entsprechenden Bauantrag. Dazu gäben die Denkmalschutzbehörde ebenso wie die Straßenverkehrsbehörde in hoheitlicher Funktion eine Stellungnahme ab. Das heiße, der STA habe formal wenig mitzusprechen. Deshalb dürfe man bei der Beurteilung des Sachverhalts weniger auf politische Einwendungen reagieren, sondern müsse dies rein hoheitlich nach pflichtgemäßem Ermessen tun. Die aktuelle Einschätzung sei, dass zumindest aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht die jetzt vorgelegte und aus Sicht der Radfahrer deutlich verbesserte Planung genehmigungsfähig wäre, ohne im STA mit Blick auf Radfahr- und Zielbeschlüsse großen Einfluss darauf zu haben, eine andere Entscheidung zu treffen. Die Erwartungen an die heutige Diskussion wolle er, so der Bürgermeister, insofern nicht zu groß werden lassen.

Für die Berichte danken StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE), StRin Schanbacher (SPD), StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), StR Dr. Vetter (CDU), StRin Königeter (PULS), StR Serwani (FDP), StR Schrade (FW) und StR Dr. Mayer (AfD). StR Serwani dankt BVin Kienzle zudem für ihren Bericht in der gestrigen Sitzung des Bezirksbeirats.

StRin Dr. Lehmann betont, es sei bekannt, dass der STA durch Beschlüsse und Wortmeldungen nicht in das Verfahren eingreifen könne. Dennoch werde Stadtraum durch die Politik und nicht nur von reinen Formalitäten bestimmt, auch wenn man sich im vorliegenden Fall als von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Stuttgart gewähltes Gremium relativ ohnmächtig fühlen müsse. Das politische Handeln könne dem Rat nicht abgesprochen werden. Ihre Fraktion, so die Stadträtin, begrüße eine Außengastronomie, allerdings ohne Einschränkungen für den Radverkehr. Bei der Planung der Radführung im Schlossgarten würden vor allem die Fußgängerinnen und Fußgänger auf engerer Fläche mit wesentlich mehr Radfahrenden konfrontiert, was die Aversion gegen Letztere zusätzlich erhöhe. Man wolle aber möglichst konfliktfreie und nicht - wie jetzt - emotional aufgeladene Räume für beide Verkehrsarten. Nun habe man jedoch auf der Strecke im Sommer mehrere Tausend Radfahrer*innen täglich, unter ihnen zahlreiche Pendler*innen, die von der Stadt eine ebenso bequeme und flüssige Strecke erwarteten, wie sie dem Autoverkehr zur Verfügung gestellt werde. Eine Reduzierung auf die Hälfte der seitherigen Fläche stelle eine erhebliche Beeinträchtigung des Rad- und Fußverkehrs dar. Der Antrag ihrer Fraktion bleibe bestehen. Sie fordere eine ernsthafte Prüfung der Verwaltung - zeitnah und möglichst noch vor der Sommerpause -, wie der Radverkehr langfristig bei allen anstehenden Baumaßnahmen auf der B14 vor bzw. an der Oper ohne Unterbrechung geführt werden könne. Dabei müsse man letztlich unter Umständen auch über die Neckarstraße nachdenken. Die von der Verwaltung geschilderten Problematiken der Radwegführung entlang der Oper seien aus ihrer Sicht und Erfahrung lösbar.

Auch StRin Schanbacher (SPD) äußert, ihre Fraktion wolle die Außengastronomie ermöglichen und sei der Meinung, dass ein für alle akzeptabler Kompromissvorschlag möglich sei. Der Prozess sei in der Form nicht zufriedenstellend. Es trage zur Problemlösung nicht unbedingt bei, wenn sich Ministerien und Staatssekretäre einschalteten. Die Hauptradroute 1 sei eine der Hauptverkehrsachsen für den Radverkehr. Zu-

gleich sehe sie die Bereitschaft der WST, eine Lösung für ihre Logistik (Lieferzone) zu finden. Sie wünsche sich Transparenz und Vielfalt in der Diskussion um die Möglichkeiten. Dabei könne sie sich durchaus Ampellösungen für die Lieferzone oder gar eine Verlagerung der Anlieferung vorstellen. Bei der jetzt vorgestellten Lösung sehe auch sie eine deutliche Einschränkung für die Fußgängerinnen und Fußgänger. Grundsätzlich jedoch müsse man sich über den weiteren Umgang mit der Hauptradroute Gedanken machen, meint die Stadträtin. Sie interessiere, welche Vorkehrungen es für eine koordinierte und klar strukturierte und für den Fußverkehr sichtbare Radwegführung gibt, um Konflikte von vornherein zu vermeiden. Auch StRin Köngeter und StR Serwani meinen, wünschenswert sei eine klare Kennzeichnung der Radverbindung. Die Ausweisung eines Radwegs mittels Fahrbahnmarkierungen sehe er kritisch, so BM Dr. Maier, denn der Status quo - gemeinsame Nutzung der Fläche durch Rad- und Fußverkehr - solle auch künftig bleiben. Sobald eine aufgezeichnete Linie für den Radverkehr existiere, habe man aus rechtlicher Sicht eine Bevorrechtigung des Radverkehrs. Das bedeute, dass die Radfahrer von einem freien Bereich ausgehen, obwohl Fußverkehr möglich wäre. Damit werde die Gefährdungslage für die Fußgänger erhöht. Frau Scherz bestätigt dies und ergänzt, eine gemeinsame Nutzung unter beiderseitiger Beachtung der Verkehrsregeln nach der StVO sei die sicherste und am ehesten der Lebensrealität entsprechende Lösung. Es entgegnet StRin Dr. Lehmann, im Moment sei die Zone lediglich als Fußgängerzone mit Radfreigabe ausgewiesen, sodass die Radfahrenden de facto bereits jetzt dem Fußverkehr untergeordnet seien und laut Gesetz Schrittgeschwindigkeit fahren müssten - anders als auf einer Mischverkehrsfläche. Natürlich achteten Radfahrende auf Fußgänger*innen, aber Schrittgeschwindigkeit einzuhalten sei für Radfahrende nicht möglich. Komme es aber bei der geschilderten Regelung zu einem Unfall zwischen Fuß- und Radverkehr, trage grundsätzlich Letzterer die Schuld. Man fordere eine Evaluation, sei aber der Meinung, dass eine solche bereits im Vorfeld hätte stattfinden müssen, um das tatsächliche und aktuelle Radaufkommen festzustellen und nicht das möglicherweise durch die Veränderungen im Schlossgarten dann reduzierte.

Eine geordnete Planung des Projekts wünscht sich StR Pantisano. Es sei unwürdig, über eine so komplexe Planung mittels der Presse zu diskutieren. Auch seine Fraktion sei sehr für eine Öffnung der Oper im Sinne einer niederschweligen Begehrbarkeit. Insofern unterstütze man jede Bemühung in diese Richtung. Allerdings betrachte man die Außengastronomie eben nicht als Öffnung der Oper. Zwar öffne sich das Catering der Oper, die Türen des Hauses blieben aber geschlossen. Angesichts der viel beachteten und prämierten Spielstätte und dem Anspruch der Oper würden Container und ein Airstream auch der Stadt nicht gerecht. Er respektiere die sehr hohen Ansprüche an die Sanierung der Oper möglichst ohne jegliche Abstriche. Gleichwohl fordere man, die Ansprüche der Radfahrerinnen und Radfahrer an eine Hauptradroute in gleichem Maße zu respektieren, zumal das Fahrrad in Stuttgart zu einer echten Alternative zum Auto geworden sei. Es sei an der Zeit, dass alle anderen Verkehrsteilnehmer Rücksicht auf die Interessen der Radfahrerinnen und Radfahrer nähmen. Der Radweg werde aber eingeschränkt, und deshalb lehne man die Planung ab, obwohl man die Bemühungen aller Beteiligten anerkenne. Zugleich hätten die an der Planung Beteiligten eine Verantwortung gegenüber dem Fußverkehr, vor allem gegenüber Kindern, die, ohne sich der Gefahr des kreuzenden Radverkehrs bewusst zu sein, den Radweg querten. Hier schaffe man eine kritische Situation, die zu Unfällen führen könne. Recht und Gesetz, wendet sich der Stadtrat an BM Dr. Maier, müsse sich auch an solche Gegebenheiten halten. Er stelle die Verwaltung vor die Wahl, die Außengastronomie nur dann zu genehmigen, wenn es keine Unfallgefahr für Rad- und Fußverkehr gebe, oder aber die Genehmigung

bis zur Herstellung der Sicherheit zurückzustellen. Seine Fraktion halte demnach an ihrem Antrag fest. BM Dr. Maier informiert, die Prüfungen zur Verkehrssicherheit seien noch nicht abgeschlossen. Gleichwohl werde man mit Auflagen gegenüber den WST arbeiten, bspw. einer Abtrennung zwischen Biergarten- und Radverkehrsbereich. StR Pantisano möchte wissen, wie eine Trennung konkret aussehen kann, was Herr Hendriks mit einer sichtbaren, aber durchlässigen Abtrennung in einer Achse zwischen den beiden Verkaufswagen beantwortet. Man werde dazu mit der Verkehrsbehörde ins Gespräch gehen.

Er, so StR Dr. Vetter, frage sich, warum die Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei der Außengastronomie auf Parkplätzen zustimme, sei doch dort die Gefahr durch vorbeifahrende Fahrzeuge mindestens ebenso groß. Zudem stimmten die Antragsteller in der Regel Einschränkungen des Kfz-Verkehrs ohne Vorbehalte zu. Die Qualität der Radroute werde tatsächlich eingeschränkt, räumt der Stadtrat ein, meint aber gleichzeitig, mit gegenseitiger - im Übrigen vorgeschriebener - Rücksichtnahme im Verkehr sollte es kein Problem geben. Vernachlässigt bei der Diskussion sehe er die Öffnungszeiten der Gastronomie bezogen auf die Konflikte zwischen Fuß- und Radverkehr. Außengastronomie und verstärkter Radverkehr träfen vorwiegend abends aufeinander, wo aber sowohl die Gäste der Gastronomie als auch der Rad- und Fußverkehr eher entspannt sein dürften. Schlussendlich stelle sich für Gastronomen die Frage der Wirtschaftlichkeit, wenn Außensitzplätze auf 30 bis 40 beschränkt würden. Eingehend auf den von BVin Kienzle angesprochenen Gedenkort der Aidshilfe konstatiert der Stadtrat, er könne sich trotz der Bedeutung des Denkmals durchaus vorstellen, diesen zu überbauen. Die Bezirksvorsteherin hatte zuvor gesagt, der Bezirksbeirat habe weiterhin ein Problem mit dem Gedenkort der Aidshilfe, dessen Überbauung man nur für ein Probejahr zugunsten eines Bierwagens sehe. Langfristig müsse der Gedenkort oder aber die Gastronomie verlegt werden. Dem schließt sich StR Serwani an. Er und StR Dr. Vetter plädieren für einen versuchsweisen Start des Projekts, um nach ein paar Monaten ein Fazit zu ziehen.

StR Schrade ist derselben Meinung. Möglicherweise zeige sich ein gutes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer. Er begrüße sowohl die Außengastronomie wie auch die Bereitschaft der Beteiligten, diese zu ermöglichen.

Die Ziele der WST sehe man und finde man gut, erklärt StRin Köngeter. Sie habe sehr positiv die Bereitschaft der WST zur Kenntnis genommen, die Stellplätze des Hauses einem Teil der Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und damit den Abstand der Fläche zu der Hauptradroute zu vergrößern. Es bleibe jedoch bedauerlicherweise der - wenn auch leicht entschärfte - Konflikt zwischen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen, wie auch der ADFC mit seiner jüngsten Demonstration deutlich gemacht habe. BM Dr. Maier stellt richtig, die Grundlage der Demonstration des ADFC sei die frühere Planungsversion gewesen. Dem widerspricht StRin Dr. Lehmann, woraufhin der Bürgermeister betont, nach der jetzt vorgestellten Planung liege der Verwaltung keine neue Stellungnahme des ADFC vor.

StRin Köngeter meint fortfahrend, die jetzige Diskussion mache die Hauptradroute überhaupt erst bekannt und entschärfe dadurch die Emotionalität zwischen Fuß- und Radverkehr. Sie könne die Planung aber nicht befürworten und schließe sich den Anträgen von 90/GRÜNE und Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei an, es müsse eine Lösung für den Radverkehr an der B14 gefunden werden. Mit der Außengastronomie der WST habe dies im Übrigen nur am Rande zu tun - der Konflikt be-

züglich der Hauptradroute habe bereits vorher bestanden und müsse unabhängig gelöst werden.

Das sieht auch StR Serwani so. Hier werde ein Kultur- gegen ein Verkehrsprojekt ausgespielt. Er danke Herrn Hendriks für seine Bemühungen um einen Kompromissvorschlag, und er denke, die Außengastronomie sei ein Gewinn für die Stadt, zumal ausreichend Platz für Rad- und Fußverkehr geschaffen worden sei. Die Toilettencontainer könnten zudem von den Radfahrern genutzt werden, gebe es doch seines Erachtens ohnehin zu wenig Toilettenmöglichkeiten auf der Hauptradroute 1. Ihn störe die Bestuhlung mit Bierbänken vor einem so bedeutsamen historischen Gebäude, macht er deutlich, bevor er seine Ablehnung aller drei Anträge bekundet.

Die WST, so StR Dr. Mayer, sollten zu einem Start ihres Vorhabens ermächtigt werden. Seine Fraktion könne sich eine positive Entwicklung gut vorstellen und spreche sich klar für die Außengastronomie aus. Man hoffe auf ein ansprechendes Niveau. Gleichwohl sei er der Meinung, das Publikum müsse nicht nur Wege in die Oper geebnet bekommen, sondern "auch einmal ein paar Stufen nach oben gehen", um sich der Kultur zu nähern. Herr Hendriks erläutert auf seine Frage nach der "Tarnung" der WC-Container, diese würden mit Spiegelflächen bzw. einer Begrünung in die Fläche und Umgebung möglichst diskret integriert. StR Dr. Mayer fährt mit einem Bekenntnis pro Radverkehr fort, schließlich solle dieser zügig und entspannt durch die Stadt kommen. Nicht immer jedoch seien Radfahrer als Verkehrsteilnehmer bereit, sich an Verkehrsregeln zu halten. Für Letzteres müsse im Schlossgarten gesorgt und die Schwächeren vor den Stärkeren - wie im Übrigen auch beim Autoverkehr - mit gewissen Auflagen für die Radfahrer geschützt werden.

Herr Hendriks bedankt sich für die grundsätzlich wohlwollende Aufnahme der neuen Planung. Man habe die erhobenen Einwendungen in das Konzept so integriert, dass eine möglichst konfliktfreie Koexistenz möglich sei. Letztlich gehe es in der Diskussion um die künftige Wegführung der Hauptradroute, meint er.

Diese Äußerung greift StR Rockenbauch auf, macht auf die angestrebte Verkehrswende aufmerksam und geht in dem Zusammenhang auf den komplexen Umbau der B14 ein. Er wünsche sich einen vergleichbaren finanziellen und organisatorischen Aufwand für Radwege. Sein Vorschlag sei eine Ampel an der Marktstraße zur Mitte der B14 auf die Tunnelspuren und eine Öffnung derselben für den Radverkehr als Verkehrsversuch.

Eine Verlagerung der Hauptradroute in völlig anderen Varianten zu denken, kann sich auch StRin Schanbacher vorstellen und regt an, darüber wenigstens nachzudenken.

Es sei Aufgabe der Verwaltung, so BM Dr. Maier, Überlegungen dazu anzustellen, man wolle aber in der jetzigen Situation vor allem mit der Genehmigung der Außengastronomie weiterkommen.

Frau Scherz konkretisiert auf Bitten des Bürgermeisters ihre Darstellungen der Präsentation, die Fläche direkt am Kulissenlager (Lieferzone WST) gehöre dem Land Baden-Württemberg und die Logistik der WST könne nicht angepasst werden, Lkw und Sattelzüge müssten rangieren und parken können. Das beeinträchtige die Sicht der Radfahrenden auf den Gegenverkehr und versperre im schlechtesten Fall sogar den Weg komplett. Auch die von StRin Schanbacher ins Spiel gebrachte Ampelanlage werde dann ggfs. auf Rot stellen und brächte zudem einen erheblichen planerischen Aufwand

und entsprechende Kosten mit sich. Eine diesbezügliche Prüfung wie auch die Prüfung einer besseren Sortierung an der Schule sei gleichwohl sicher möglich, wenn auch nicht vor der Sommerpause. Für eine Öffnung der Schrankenanlage bestehe Bereitschaft, dann müssten aber die Ausleitung und die enge Kurve auf den Ferdinand-Leitner-Steg baulich umorganisiert werden. Die gesamte Wegführung würde im Übrigen auch dann den Anforderungen einer Hauptroute nicht genügen, weil sie mit Störungen verbunden sei.

Nachdem StRin Dr. Lehmann den Antrag ihrer Fraktion erneut bekräftigt und StR Pantisano fragt, ob die Gesamtheit der Anträge überhaupt abgestimmt werden könne, geht BM Dr. Maier auf die einzelnen Anträge ein.

Der Antrag Nr. 166/2023 vom 30.05.2023 (SPD-Gemeinderatsfraktion), Ziffern 1 und 2, sei erledigt.

Der Antrag Nr. 174/2023 vom 13.06.2023 (Gemeinderatsfraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) sei insofern erledigt, als eine sichere Lösung für die Verlegung der Hauptroute aktuell nicht vorliege und das Baurechtsamt hoheitlich über den entsprechenden Bauantrag entscheide. Insofern sei das nicht Gegenstand der heutigen Beratung.

Der Antrag Nr. 175/2023 vom 26.05.2023 (90/GRÜNE-Gemeinderatsfraktion), Ziffer 1, sei erledigt. Zu Ziffer 2 könnten derzeit keine belastbaren Aussagen gemacht werden. Zu Ziffer 3 liege die geforderte Lösung mit der jetzigen Planung vor. Zu Ziffer 4 liege eine Entscheidung rechtlich und zuständigkeitshalber nicht beim Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik.

Daraufhin stellt StRin Dr. Lehmann zwei mündliche Anträge zur Abstimmung. Dem folgt der Vorsitzende:

1. Mündlicher Antrag von StRin Dr. Lehmann:

Die Verwaltung erhält einen Planauftrag zur Verlegung der Hauptroute 1 in Richtung B14.

BM Dr. Maier stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt dem mündlichen Antrag mit 9 Ja- und 6 Nein-Stimmen zu.

2. Mündlicher Antrag von StRin Dr. Lehmann:

Es wird keine Außengastronomie ohne die Verlegung der Hauptroute eingerichtet.

Die Stadträtin fügt hinzu, damit folge man der Empfehlung des Bezirksbeirats, auch im Hinblick auf die erneute Prüfung der Ästhetik, vor allem, ob ein doppelstöckiges Kiosk notwendig ist.

BM Dr. Maier stellt klar, über diesen Antrag könne lediglich ein Stimmungsbild eingeholt werden, da die Verlegung erst nach Abschluss der Planungen erfolgen könne, und stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt dem mündlichen Antrag **als Meinungsbild** mit 7 Ja- und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich zu (2 Enthaltungen).

Es sei ihm wichtig, so StR Rockenbauch, dass die Maßgaben aus dem Bezirksbeirat beim weiteren Vorgehen berücksichtigt werden (Dachterrasse auf dem Kiosk, Aids-Denkmal). Das, so BM Dr. Maier, werde in die Bewertung des konkreten Baugesuchs mit einfließen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt BM Dr. Maier den Tagesordnungspunkt ab.

BM Dr. Maier stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Klemm / as

Verteiler:

- I. Referat SOS
zur Weiterbehandlung
Amt für öffentliche Ordnung

- II. nachrichtlich an:
 1. Herr Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. *Referat AKR
Kulturamt*
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 5. Referat SWU
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 6. BVin Mitte
 7. Amt für Revision
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand